

Dresdner GBD für Erhöhung der Straßenbahntarife

Rösch & Co. verschleppen kommunistische Anträge gegen den Straßenbahnsstandal / Immer wieder Einheitsfront der SPD mit Deutschnationalen bei Ausplündierung der Werktäglichen / Der schwarzweiss-gelbe Block gegen Erwerbslose / Rösch provoziert

Vor Einführung in die Tagesordnung der 10. Stadtverordnetensitzung wird eine kurze provokatorische Anfrage des deutschnationalen Stadtrats Witzel behandelt, die besagt, es gehe das Gesetz um, daß in verkehrsreichen städtischen Schulen, in welchen Kinder Arbeitsübungen gewährt werden, nicht unerhebliche Mengen an Brot und Semmeln täglich übrigbleiben und keine Verwendung finden. Es fragt daher der Rat: 1. ob das Gesetz der Wahrheit entspreche; 2. wenn ja, welche Maßnahmen der Rat dagegen zu unternehmen gedenkt.

Das „Produkt“ ist einem

Berlensungsartikel gegen die Genossin Dora Wettengel in der „Dresdner Rundschau“

zugegrunde gelegt, und der Rat antwortet darauf: Anzeigen darüber, daß in verschiedenen städtischen Schulen in welchen Kindern Arbeitsübungen gewährt werden, nicht unerhebliche Mengen an Brot und Semmeln täglich übrigbleiben und keine Verwendung finden, seien bei ihm nicht eingegangen, wenn es auch eine Erfahrungstat ist, daß in den Schulen mitgebrachte Lebensmittel täglich in geringen Mengen (!!) liegen bleibe. Das habe aber mit der Schulunterweisung, bei der übrigens die während der letzten Jahreszeit auf Antrag der Stadtverordneten durchgeföhrte Lehrersteigerung mit Einführung wärmerer Witterung am 6. März 1929 wieder wegfallen sei, nichts zu tun. Es sei nicht anzunehmen, daß Regengetrocknetes Arbeitsmittel von solchen Kindern herführt, die an der Schulunterweisung beteiligt sind und aus den armen Arbeitersfamilien kommen. Damit ist Witzels „deutschnationaler Geisteoprodukt“ in einer beispiellosen Blamage für ihn geworden. (Witzel wird nicht mehr „Kunstblatt“ Schwindel zur Unterlage von Anträgen benutzen dürfen, wenn er — er ist genommen werden will!)

Ein unsäglicher Stadtverordnetenvorsitzender von der SPD gedecd

Der Antrag des Stv. Labe und Genossen vom 11. März 1929:

„Kollegium wolle bezeichnen, den Rat zu ersuchen, vom Beauftragtenrat der städtischen Straßenbahn zu fordern, daß die beschlossene Tariferhöhung sofort wieder aufgehoben wird“, heißtte Gegenklaus einer lebhaften Geschäftsausordnungsdebatte. Der deutschnationalen Bürgermeister Müller hat den Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern ihn an den Beauftragtenrat der Städts Straßenbahnen verwiesen. (!!!)

Die Kommunisten widersprechen dieser Schiebung, mit der die Verschiebung dieses wichtigen Antrages erfolgt,

da der Beauftragtenrat von der von ihm beschlossenen Tariferhöhung nicht abgeht und deshalb durch einen Beschluss der Stadtverordneten Senat auf den Rat zu Dresden und den Beauftragtenrat ausfüllt werden müsse. Der Antrag der Kommunisten wird, trotz der falschen Reichslage, mit den Stimmen der Sozialdemokraten (!!!) nicht auf die Tagesordnung gesetzt — also verschwiegen. Die Dresdner Arbeiterschaft steht daran, wie ihre Interessen von der SPD vertreten werden!

Die Sozialdemokraten heißen die Erhöhung der Straßenbahntarife gut, sie entlasten sich damit erneut als diejenigen, die die Interessen der Werktäglichen nicht vertreten.

Wo bleibt Rösch, dieser sozialdemokratische „linke“ Massenheld? Er schwieg, wie die ganze SPD-Aktion (!) beklommen zu den Ausführungen der Kommunisten, die die Behandlung ihres Antrages fordern! — Dann steht nochmals

der von den Kommunisten aufgedeckte Lößlawitzer Baradenstandal vor den Stadtverordneten

Die kommunistischen Forderungen sind bei näherer Nachprüfung als vollständig berechtigt und im Interesse der Dreieichhäuser bewußt anerkannt worden. Der Bezug der Stadtverordneten kommt den kommunistischen Forderungen nach und besagt, daß vom Rat zu fordern ist: 1. die Baraden Dreieichhäuser nicht eher wieder zu belegen, als diese wieder in bewohnbaren Zustand versetzt sind; 2. den Bewohnern den Schaden zu erlösen, der ihnen durch die angänigende Verhältnisse an Mobiliar, Wände und dergl. entstanden ist; 3. für die ertrunkenen Einwohner reip, deren Kinder die Arztstellen bzw. die Kosten für die Behandlung im Krankenhaus zu übernehmen; 4. sämtlichen Bewohnern eine Rößleinhilfe zu gewähren; 5. die Androhung der Unterbringung in der Arbeitsanstalt Leubnitz wegen Mietrückstände sofort zurückzunehmen; 6. die bestehenden Mietrückstände zu erlassen; 7. die sofortige Schneebereitung im Hofe zu veranlassen.

Außerdem steht das Ausbildungsaufgaben zur Konkurrenzierung folgendes vor: a) den Punkt 1 des Antrages wie folgt zu ändern: die Wohnungen der Baraden Dreieichhäuser, die nicht zum Wohnen geeignet sind, nicht eher wieder zu belegen, als diese wieder in bewohnbaren Zustand versetzt sind; b) den Rat zu ersuchen, zweits Durchführung der Punkte 2 und 3 des Antrages den Bewohnern der Baraden Dreieichhäuser anheimzustellen, ihre Schadenerklärungen sowie die durch Krankheit entstandenen Kosten anzuerkennen; c) die Befreiung dieser Erwachsenen sowie den Eltern der Mietsträger durch den Wohnungsausschuß unter Auslösung von Vertrittern der Baradenbewohner vornehmen zu lassen; d) die unter Punkt 4 geforderte Rößleinhilfe auf 5 Rentner pro Familie festzulegen; e) bei allen Rößleinbewohnungen die Wohnung bis auf 4 Monate zu verzichten und alle Vermieter, die aus öffentlichen Mitteln Baupauschale erhalten, zu verpflichten, in Wohnung untergebrachte Mieter aufzunehmen.

Die Bewohner dieser elenden Baraden erkennen daran, daß nur die Kommunisten für konsequent und energisch für die Beleidigung dieser furchtbaren Zustände eingesetzt haben!

Die kommunistischen Erwerbslosenanträge

Kommunisten fordern jetzt Behandlung. Ein Antrag des Stv. Schweizer und Genossen vom 25. Februar 1929: Kollegium wolle bezeichnen, beim Reichstag und bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu fordern: a) Beteiligung des Reiches an der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und dafür Schaffung einer ausreichenden Unterstützung mit unbedingter Leistungsdauer für alle Erwerbslosen; b) sofortige Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bis zu seiner Befreiung, und zwar wie folgt: 1. Aenderung des § 105 mit den 11. Vorbahnen und Zahlung der Unterstützung an alle Erwerbslosen nach der Vorbahn; 2. Aufhebung der Erwerbsförderungsbeschränkung statt dessen Einrichtung der Arbeitsunterstützungsempfänger in die Versicherung ohne Kürzung der Unterstützung; 3. Vorrat jeder Bedürftigkeitsprüfung; 4. sofortige Aufhebung der Kartenzahl und Zahlung der Unterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an; 5. Befreiung der Arbeiterarbeitszeit; 6. Befreiung der Strafbestimmungen in den §§ 247 und 275; 7. Aufhebung des § 87 und der Bestimmung der Prüfung der Arbeitswilligkeit, Arbeitsfähigkeit und der unfreiwilligen Arbeitsfähigkeit; 8. Aufhebung des § 90 (Zwangsarbeiten); Befreiung des § 95, jerner Aufnahme einer Bestimmung, wonach Zurechnung von Arbeit außerhalb des Wohnortes in Zukunft nur mit der Zustimmung der Erwerbslosen gestehen darf; 9. Anerkennung der Erwerbslosenausküsse als Vertreter der Erwerbslosen vor Sprachlaermern und Sprachauschülern; 10. Aufhebung des Gesetzes über eine Sonderfürsorge bei berufsloser Arbeitslosigkeit, geht an den zuständigen Ausschuss.

Rösch (SPD) windet sich förmlich bei der Berichterstattung über einen anderen kommunistischen Erwerbslosenantrag und sagt dabei, um seine flächige politische Hal-

tung zu verdecken, gegen die Sowjetunion. Mit „Antisowjetischen“ aus russischen Gewerkschaftszeitungen will dieser Phrasen über den

Berat der Sozialdemokraten an den Erwerbslosen

in Deutschland hinwegtäuschen. Es handelt sich um die städtische Wehrhoftshilfe an Erwerbslose und sonst vom Auslagerungslaufenden Unterstützte. Der Rat teilt zu einem gleich Forderungen erhebenden Antrag aus einer Erwerbslosenversammlung mit, daß dem Erlsruhen der Stadtverordneten entsprochen sei und, daß die Engagie auf sich berufen bleiben müsse, zumal Mittel nicht zur Verfügung ständen. Rösch verteidigt natürlich die Auffassung des Rates. Seine Hesse gegen die Erwerbslosen hat Erfolg; gegen die Kommunisten wird das vom Rat bestimmt angenommen.

Ausbau der Verkehrsverbindungen im Osten

Fordert ein kommunistischer Antrag, der vom Kollegium den Beschluss verlangt, den Rat zu ersuchen

1. zur Schaffung von den heutigen Bedürfnissen entsprechenden Verkehrsverbindungen im Osten des Stadtgebietes folgende Maßnahmen alsbald durchzuführen:

a) Ausbau des Straßenzuges Lipsdorfer, Troppauer, Vinzenz und Österreichische Straße bis Kleinzschachwitz;

b) Ausbau der Toeplerstraße in Tolkewitz bis zur Pirnaer Landstraße in Dobrik.

2. die in Frage kommenden Arbeiten in das Programm für bereitzuhaltende Rößleinarbeiten mit aufzunehmen.

Nach ausführlicher Begründung durch Gen. Wagner wird der Antrag einstimmig angenommen. Der zur Beratung liegende Antrag des Gen. Dr. Högl vom 30. April 1928: Kollegium wolle bezeichnen, 1. die stenographischen Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten häufig wieder dem Dresdner Anzeiger als Sonderbericht beigezogen zu lassen, 2. den Rat zu ersuchen, auf Grund der Stiftungsurkunde der Dr. Güntherschen Stiftung einen Vertrag mit dieser über die Aufnahme der stenographischen Sitzungsberichte abzuschließen und den Stadtverordneten hierüber zu berichten wird nochmals an den Ausschluß zurückgewiesen.

Hierauf begründet Gen. Högl seinen Antrag vom 11. März 1929: Kollegium wolle bezeichnen, 1. bei der Reichsregierung und dem Reichstag wärtigen Protest zu erheben a) gegen die durch das Reichsfinanzministerium beschäftigten Berichterstatter des Reichsfinanzausgleichs, wonach den Ländern und Gemeinden 120 000 000 RM an Zuweisung gelöst werden sollen, und b) gegen die neuen Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums, 2. von der Reichsregierung und dem Reichstag unter Wiederherstellung des früheren Betriebsabflusses von 90 zu 10 mit der Nachfrage, daß der Mehrebetrag von 15 Prozent rechts den Gemeinden zu überweisen ist, b) Beteiligung der Gemeinden an dem Aufkommen aus den Beiträgen, insbesondere der Reichssozialversicherung, c) Schaffung eines Vermögenszusammenschlusses und d) sofortige Aufsetzung des Betriebes betr. Grundstückserwerber der „toten Hand“; 3. von der sächsischen Regierung und dem Sächsischen Landtag zu

fordern: a) Aenderung des jeweiligen Landessinnungsvertragsgleiches und b) höhere Zuweisungen aus den vom Reich überwiesenen Anteilen zur Erfüllung der den Gemeinden überwiesenen Anteile; 4. den Rat zu ersuchen, diesen Reichlich beizutreten.

Die Begründung dieses Antrages wird zu einer wichtigen

Auseinandersetzung der SPD gegen die SPD

und bringt deren Vertreter im Kollegium in mächtige Aufregung, ja, in ohnmächtigen Zorn, als Gen. Högl ihre weiteren Anstrengungen zu erledigen beginnen. Gen. Högl bringt einige Beweise für die Politik der SPD in den Gemeinden

Es ist geplant, eine Anzahl städtischer Betriebe in private Gesellschaften umzuwandeln

Die SPD ist höchst betroffen, ihre Zweckvereine mit einem offiziellen Namen auch privatlichen! Export des Rates beantwortet zu finden. Bührer, der sozialdemokratische Bürgermeister redet sich in Aufregung und gibt dabei im Weinen dazu, daß geplant die städtischen Betriebe in Privatgesellschaften umzuwandeln. Beifall bricht sich in Dresden und in Dresden kommt ein Anzeiger!

nicht möglich. Das muß sich Herr Bührer vom Gen. Högl sagen lassen, wenn Bührer auch empört sagt, man beobachtet, er sei einmal ein Sozialrevolutionär, ein andermal einer, der die städtischen Betriebe verschaffen will, ein andermal sei er ein Idiot! (Wir hielten sie nur das Zepter.) Der Antrag geht an den Finanzausschuss

Kohlenhilfe für Minderbemittelte

Fordert der folgende kommunistische Antrag: Kollegium wolle bezeichnen den Rat zu ersuchen.

a) allen Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentnern sowie allen vom Fürsorgeamt und vom Kreisamt für Kriegsleidende Betreuten für den Monat April 2½ Rentner Kohlen zu gewähren,

b) die Kohlenunterschreite in der ersten Woche im April zur Verteilung zu bringen.

Gen. Högl hat begründet den Antrag der mit Recht angenommen wird.

Gegen die Auswirkungen der sächsischen Verwaltungsreform an den Kriegs- und Arbeitsopfern

richtet sich der nächste Antrag der Kommunisten der heutigen:

a) vom Landtag und von der Landesregierung zu fordern, daß die im Verwaltungsreformgesetz gesetzte Nulllösung der Abteilungen für Schwerbehindertenfürsorge und die Übertragung dieser rein fürsorglichen Arbeit auf die Arbeitsämter und das Landesarbeitsamt nicht zum Geschäft erhoben wird,

b) dem Rat zu ersuchen, sich dem Antrage anzuschließen.

Die SPD stimmt mit der bürgerlichen Seite gegen die Behandlung dieses Antrages und beantragt Schluss des Sitzung, die auch abgebrochen wird.

Der Ausbau des Dresdner Fernsprechverkehrs

Der Erteilungsdirektor Wagner in der heutigen Oberleitung berichtet am Mittwochvormittag vor einem Kreis von Interessenten über geplante Neuerungen im Dresdner Fernsprechverkehr. Er wies daraufhin, daß die Neuerrichtung von Anschlüssen stark erleichtert worden sei, indem man den Apparatesatz von 50 auf 30 Mark für Hauptanschlüsse herabgesetzt habe und auch die Verpflichtung zur Bezahlung einer Mindestzahl von Gesprächen fallen ließ. Durch die Errichtung öffentlicher Gesprächsstellen, deren Zahl dementsprechend noch vermehrt werde, habe man den Rückgang geschlossen des Telefondienstes erleichtert. Im Jahr dieses Jahres werde das Untere Postamt in der Heroldstraße im Betrieb genommen, Nördlinger Straße und Radebeul erhalten ein Selbstanschlussamt. Rößnitz, in daß nur noch Radebeul als einziges Handamt bleibt. Dafür soll auch dieses möglichst noch im Jahresfrist Selbstanschluss bekommen. Geplant sei ein weiteres Untereamt vielleicht in Postamt, darüber hinaus ein neues Schnellverkehrsbauamt, das die Gesprächsverbindung zwischen Dresden und Freital, Freudenau, Plana, Radeberg, Coschütz, Königsbrück, Wilsdruff, Tharandt und Meißen vermittelnd soll. Weitere Ankündigung in der Nachbarschaft von Dresden, wo später hinzutreten, so daß die Sächsischen Betriebe bekommen. Die „finanziellen Rückläufe“ zwingen zu einer Verteilung dieser Arbeiten auf eine Reihe von Zulieferern. Auch über Neuordnung des Fernverkehrs, die hier in Gang mit dem Ausbau des Selbstanschlusses geht, berichtet der Redner. Man plant die Einrichtung eines zentral gelegenen Fernamtes, daß den Teilnehmern der kleinen Ortsamt Tag und Nacht die Möglichkeit des unbedeutenden Sprechverkehrs innerhalb ganz Deutschlands und Europas gibt. Durch das Fernselselbst ist es auch möglich, daß besondere werktägliche Verbindungen einzelner Siedlungsgegenstände des Kundens künftig über eine ganze Reihe von Siedlungen gleichzeitig übertragen werden. Diese Kabelverbindungen einen kostengünstigen Verkehr. Zum Schlusse verneinte der Redner die Frage, ob der Junge jemals imstande sein werde den Richtweg im Fernsprechverkehr zu erkennen.

Deffentl. Frauenversammlung

gegen den Schandparagraphen 218
Heute Freitag, den 15. März
im Gasthof Leuben, kleiner Saal, 19.30 Uhr.

Das erste Dresdner Goermann-Konzert

in diesem Jahre soll am Dienstag dem 12. März im Dreiländerhof statt. Welche Sympathie der Rote Geiger bei den Dresdner Arbeitern genießt, beweist der überfüllte Saal, der nur die Hälfte aller Herstellertreibenden füllte. Soemius spricht, nachdem er einige einleitende Worte zur Erläuterung der Musik gesprochen, die C-Moll-Sonate von Bach von Beethoven ein Violinolospieler. Lieder der Unterdrückten und Ausgestoßenen! Die Melodien der Ausgegrenzten und das Schmerz nach Freiheit schlossen ab.

Zum Abschluß beschreibt ihn ein kleines Mädchen mit den ersten Frühlingsboten, mit einem Sträuchchen Schneeglöckchen. Beifall entsteht er und seine Frau für das, was sie den Arbeitern gehalten hatten. Sagt auf der Straße jubelte das Publikum ihm zu. Rötebart Dresden, kommt alle wieder und laucht den Tönen des Roten Geigers, wenn er wieder in Dresden gärt.

h. b.

Tageskalender des Dresdner Theaters. Opernhaus: Sinfoniekonzert (19.30), Hauptprobe (21.30). Schauspielhaus:

Der gehörte Siegfried, Siegfried Tod (19.30). Albertheater: Das glühende Einmaleins (19.30). Komödie: Marie Antoinette (19.30). Residenztheater: Faust (20). Centraltheater: Bartlett u. Die ungöttliche Eva (20).

Heute noch nicht

aber nächsten Freitag zeigen die Roten Trommler in den Annenläden, Dresden, Al. Fischhofplatz, ihr vollständig neues Programm.

Karten sind zum Preis von 60 Pf. und 30 Pf. für Erwerbslose, Gehilfen und Schauspieler bei allen Mitgliedern des KBD zu haben.